

<http://www.abendblatt.de/hamburg/article210305173/Wohin-mit-Hamburgs-kriminellen-Jugendlichen.html>

20.04.17

Polizei

Wohin mit Hamburgs kriminellen Jugendlichen?

Von Andreas Dey



Foto: Reto Klar

Das geschlossene Heim an der Feuerbergstraße war stark umstritten und bestand nur von 2003 bis 2008

Nach der Absage aus Bremen sucht der Senat nach einer neuen Unterbringungsmöglichkeit – innerhalb und außerhalb der Stadt.

Hamburg. Acht Diebstähle, zwei Raubüberfälle, je drei Drogen- und Waffendelikte und jeweils eine Körperverletzung und eine Unterschlagung – insgesamt 18 Taten wurden dem Jugendlichen vorgeworfen. Grund genug für das Familiengericht, die Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung zu genehmigen. Angekommen ist der Jugendliche dort aber nie – es gab schlicht keinen Platz. Das war vor einem Jahr, seinerzeit konnten vier von sechs Hamburger Jugendlichen, für die eine geschlossene Unterbringung angeordnet war, nicht untergebracht werden.

Kommentar: Hamburg braucht ein neues Heim

Aktuell sind es zwar "nur" zwei, aber an dem Grundproblem hat sich nichts geändert: Hamburg verfügt seit der Schließung der geschlossenen Unterbringung in der Feuerbergstraße 2008 nicht mehr über ein Heim für junge Intensivstraftäter, und seit die Haasenburg-Heime in Brandenburg nach Missbrauchsvorwürfen geschlossen wurden, fällt es der Stadt auch noch schwerer, einen der rund 300 Plätze in anderen Bundesländern zu ergattern.

Intensivtäter

Eigentlich hätte das Problem längst gelöst sein sollen – in Gestalt einer gemeinsamen Einrichtung mit Bremen, die der frühere Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) noch auf den Weg gebracht hatte. Doch nach der Absage aus Bremen stellt sich in Hamburg nun von Neuem die Frage: Wohin mit

den ganz schweren Fällen?

"Der Senat bedauert die Entscheidung Bremens sehr", sagte Sozialsenatorin Melanie Leonhard (SPD) kürzlich in der Bürgerschaft und stellte zumindest klar, dass sie eine geschlossene Unterbringung, auch wenn sie immer nur "Ultima Ratio" sein könne, für unentbehrlich halte: "Wir glauben weiterhin, dass es einen geringen Anteil von jungen Menschen gibt, der nur über diese Form von pädagogischem Angebot erreichbar ist." Infrage kämen nicht nur Standorte in Hamburg, sondern weiterhin auch in angrenzenden Bundesländern – entsprechende Gespräche liefen nun.

Senatorin präferiert kleine Einrichtung

Zweierlei machte Leonhard deutlich: Erstens präferiert sie eine kleine Einrichtung mit rund fünf Plätzen, in der übers Jahr betrachtet zehn bis zwölf Jugendliche untergebracht werden können – eine Lehre aus der deutlich größeren Feuerbergstraße. Zweitens würde sie es vorziehen, wenn Hamburg Einfluss auf das pädagogische Konzept und die Kontrolle der Einrichtung hätte – als Lehre aus den Vorgängen in den weit entfernten Haasenburg-Heimen.

Die Erwartung, dass die Senatorin im Familienausschuss der Bürgerschaft am Dienstagabend etwas konkreter werden würde, erfüllte sich jedoch nicht. Das sorgte für Kritik: "Nachdem mehrere SPD-Senatoren erfolglos versucht haben, die Unterbringung nach Bremen zu verlagern, sind wir nach vier Jahren wieder auf Stand null. Die Saumseligkeit der Senatorin ist unerträglich", sagte Philipp Heißner, Familien- und Jugendexperte der CDU, die wie FDP und AfD auf ein geschlossenes Heim drängt.

Grüne sind hin- und hergerissen

"Hamburger Jugendliche, für die eine geschlossene Unterbringung bereits gerichtlich angeordnet ist, können schon seit Jahren nicht sachgerecht untergebracht werden." Es sei fahrlässig gewesen, sich auf den rot-grünen Senat in Bremen zu verlassen: "Dass sich wie in Bremen die ideologiegetriebenen grünen Bedenkensträger durchsetzen, darf sich in Hamburg nicht wiederholen."

Tatsächlich sind die Hamburger Grünen etwas hin- und hergerissen. Einerseits haben sie geschlossene Heime immer abgelehnt und tun das auch weiterhin, andererseits fühlen sie sich dem Koalitionsvertrag mit der SPD verpflichtet, der die Schaffung einer solchen Einrichtung vorsieht. "Wir halten die geschlossene Unterbringung zwar nicht für zielführend", sagt Anna Gallina, Parteivorsitzende und Familienexpertin in der Bürgerschaft. "Aber wir sehen uns in der Verantwortung, für alle Kinder ein Hilfsangebot zu schaffen, in dem sie sich bestmöglich entwickeln oder auch dauerhaft leben können." Auch bei den Grünen gibt es Stimmen, die so ein Heim dann lieber in Hamburg und unter Kontrolle der Stadt sähen.

Die Linkspartei lehnt die geschlossene Unterbringung ab: "Der Senat will Erwartungen erfüllen und betreibt daher Symbolpolitik", glaubt Fraktionschefin Sabine Boeddinghaus. "Er sollte den Mut haben zu sagen, dass es bessere pädagogische Konzepte gibt." Entscheidend sei, Zugang zu den Jugendlichen zu finden und sie so zu einer Verhaltensänderung zu bewegen, anstatt sie wegzusperren.

© Hamburger Abendblatt 2017 – Alle Rechte vorbehalten.

Intensivtäter

Von Andreas Dey

Zwei 16 Jahre alte Intensivtäter erstachen 1998 den Lebensmittelhändler Willi Dabelstein in Tonndorf. Danach setzte eine intensive Diskussion über den Umgang mit kriminellen Jugendlichen ein – das Thema trug mit zum Machtverlust der SPD 2001 bei. 2003 eröffnete der neue Senat aus CDU, Schill-Partei und FDP an der Feuerbergstraße in Alsterdorf ein geschlossenes Heim für jugendliche Intensivtäter. Weil wiederholt Insassen flohen und

Mitarbeiter attackierten, stand das Heim in der Kritik und löste sogar einen Untersuchungsausschuss aus. 2008 wurde es auf Drängen der Grünen vom schwarz-grünen Senat geschlossen.

Junge Intensivtäter musste Hamburg seitdem außerhalb der Stadt unterbringen, etwa in den Haasenburg-Heimen in Brandenburg. Doch auch diese Einrichtungen wurden 2013 wegen Kritik am Umgang mit den Jugendlichen geschlossen. Seitdem plante Hamburg eine gemeinsame Einrichtung mit Bremen auf Bremer Gebiet. Doch im Februar sagte der rot-grüne Senat an der Weser das Projekt überraschend ab. Er wollte dort vor allem minderjährige Flüchtlinge unterbringen und sah den Bedarf nicht mehr. Nun beginnen die Planungen in Hamburg wieder von vorn.

(dey)

Nach einem kleinen Aufmacher auf Seite 1 des Hamb. Abendbl. Am 20.4.2017 kommt auf Seite 2 der **Kommentar**

Hamburg braucht ein neues Heim für Straftäter

Von Andreas Dey

Aber nur mit ausreichend Personal können jugendliche Straftäter erreicht werden

In Hamburg gibt es seit fast zehn Jahren kein geschlossenes Heim für jugendliche Straftäter mehr, und mit einer gewissen Portion Zynismus könnte man sagen: Na und? Die meisten Experten halten ohnehin wenig von dieser Form der Wegsperr-Pädagogik, und wenn sie doch mal für unabwendbar gehalten wurde, suchte man halt einen Platz außerhalb Hamburgs.

Doch da fangen die Probleme an. Was sich an weit entlegenen Orten wie den Haasenburg-Heimen abspielte, entzog sich oft der Kontrolle des Senats, und es stellte sich nicht selten als skandalös heraus. Jede neue Einrichtung sollte daher im Einflussbereich und unter Aufsicht der Stadt liegen – dann ist die Verantwortung klar verteilt.

Politisch wird der Senat gar nicht um ein neues Heim herumkommen. Denn welche Lawine anrollen kann, wenn ein potenzieller Insasse eine schwere Straftat begeht, wie es 1998 bei dem Mord an dem Lebensmittelhändler Willi Dabelstein der Fall war, ist vor allem der SPD nur zu bewusst. Und an der Tatsache, dass es immer rund eine Handvoll Jugendlicher gibt, die mit anderen Maßnahmen kaum zu erreichen sind, hat sich ja nichts geändert. Daher muss der Senat zumindest die Möglichkeit schaffen, die Gesellschaft vor unbelehrbaren und/oder gewalttätigen Heranwachsenden zu schützen.

Entscheidender als ein vergittertes Fenster ist aber das pädagogische Konzept so einer Einrichtung. Denn was nützt es, einen Jugendlichen zeitweise seiner Freiheit zu berauben, wenn ihm nicht gleichzeitig die Grundlagen unseres Zusammenlebens beigebracht werden? Langfristig gar nichts. Die ganze Kraft muss darauf ausgerichtet sein, die Insassen als bessere Menschen zu entlassen. Dafür braucht es ausreichend qualifiziertes Personal, also: Geld.